

»Alle müssen den Gürtel enger schnallen«



»Der Rückgang des Volkseinkommens in der Krise verlangt eine Verringerung der Ansprüche ans Sozialprodukt von Seiten aller WirtschaftsakteurInnen. Ein Sinken der Löhne ist besonders notwendig, wenn die hohe Arbeitslosigkeit wieder verringert werden soll. Ohne eine Senkung der Kosten des Faktors Arbeit kann die Beschäftigung nicht steigen, ohne eine Verbesserung der Gewinnaussichten für die Unternehmen bleibt die Investitionstätigkeit am Boden.«

Die Krise führt zu einem drastischen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Dieser dürfte in den meisten Mitgliedsländern der Europäischen Union unter 10% betragen, vor allem in den baltischen Ländern aber bei mindestens 20% liegen. Der Rückgang des BIP bedeutet nicht nur ein Sinken der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage sowie der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, sondern bringt auch eine Verringerung des gesamten Volkseinkommens mit sich.

Wenn der Kuchen kleiner wird, gibt es weniger zu verteilen, und die Konflikte um die Verteilung der Einkommen verschärfen sich. Unmittelbar sinken in der Krise die Vermögenseinkommen, weil die Kapitalbestände entwertet werden, Dividenden ausfallen und das Zinsniveau sinkt. Die Unternehmensgewinne gehen typischerweise in der Rezession drastisch zurück oder weichen sogar umfangreichen Verlusten. Hingegen reagiert die Lohnsumme erst mit Zeitverzögerung. Der Abbau von Arbeitsplätzen ist eine Folge der Einschränkung der Produktion, in den Tarifverhandlungen drängen die Unternehmen darauf, den Rückgang ihrer Umsätze auch durch eine Verringerung der Kostenbelastung abzufedern.

Die Rolle der Nachfrage

Für die Volkswirtschaft ist es allerdings höchst gefährlich, wenn sich bei einem Sinken des Volkseinkommens eine Stimmung verbreitet, in der alle WirtschaftsakteurInnen versuchen, ihre Ausgaben zurückzuhalten und zu sparen. Passiert dies auf breiter Front, so bedeutet das eine Vertiefung und Verlängerung der Wirtschaftskrise. Werden die Unternehmen angesichts des Gewinneinbruchs vorsichtiger und investieren weniger, vergeben die Banken weniger Kredite, beginnen die privaten Haushalte aus Angst vor drohenden Beschäftigungsverlusten vermehrt zu sparen und beginnen die Staaten angesichts umfangreicher Aus-

fälle an Steuereinnahmen die Staatsausgaben zu kürzen, so sinkt die Gesamtnachfrage. Dadurch wird die Produktion weiter eingeschränkt und das Volkseinkommen geht neuerlich zurück. Das sind die Ingredienzen für eine lange Wirtschaftskrise, ähnlich jener der 1930er Jahre oder in abgemilderter Form der Japans in den 1990er Jahren.

Ein nachhaltiger Aufschwung der Konjunktur nach der tiefen Krise kann nur durch eine Belebung der Nachfrage, also die Ausweitung der Ausgaben erreicht werden. Entscheidend ist die Investitionstätigkeit der Unternehmen, für deren Wiederbelebung eine Verbesserung der Absatzerwartungen prioritär ist. Während in einzelnen kleinen Volkswirtschaften (wie in Österreich) die Exportaufträge das entscheidende Momentum für die Umsetzung von Erweiterungsinvestitionen darstellen, bildet im Binnenmarkt der EU insgesamt die Entwicklung der Konsumnachfrage die wichtigste Determinante für die Absatzerwartungen der Unternehmen. Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte macht in der EU etwa zwei Drittel der Gesamtnachfrage aus.

Die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der EU verläuft auch in der Krise höchst unterschiedlich. Neben den Anteilen des Immobilien- und des Finanzsektors ist für die Differenzen in der Entwicklung des BIP vor allem das Ausmaß der Orientierung an der Export- bzw. der Binnennachfrage verantwortlich. Deutschland ist von der Wirtschaftskrise in besonderem Maß betroffen, das BIP geht im Jahr 2009 real (also inflationsbereinigt) um 5% zurück, nachdem es schon von 2000 bis 2008 nur um 1,5% pro Jahr und damit deutlich langsamer als im Rest der EU gewachsen war. Die deutsche Wirtschaft ist stärker als andere Länder in die Rezession abgeglitten, nicht weil sie unter dem Platzen einer Immobilienblase oder unter einem besonders großen Finanzsektor leidet, sondern weil sich die Wirtschaftspolitik in extremem Maß auf die Förderung des Exports konzentriert hat. Vor allem die über lange Jahre praktizierte Politik der Lohnzurückhaltung hat wesentlich dazu beigetragen, dass kräftig Marktanteile auf dem Weltmarkt hinzugewonnen wurden und sich der Export vom Jahr 2000 bis ins Jahr 2008 nahezu verdoppelt hat. Hingegen ist die Konsumnachfrage der Haushalte aus dem gleichen Grund über eine Dekade hinweg real überhaupt nicht mehr gewachsen. Dazu kamen steuerliche Maßnahmen. Wo immer man konnte, wurden die Unternehmen steuerlich entlastet. Der Konsumnachfrage hingegen wurden immer neue Belastungen auferlegt, etwa durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder die Anhebung vieler Verbrauchssteuern (Ökosteuern). Das ausschließliche Setzen auf den Export, der nun einbricht, und die bewusste Dämpfung der Konsumnachfrage, die deshalb die Gesamtwirtschaft nicht

stabilisieren kann, macht die deutsche Wirtschaft in der weltweiten Krise besonders anfällig.

Weitaus weniger dramatisch verläuft der Einbruch hingegen in anderen Ländern, die nicht nach dem Titel des Exportweltmeisters strebten, sondern versuchten, den heimischen Verbrauch zu erhöhen. Etwa in Frankreich, wo die Konsumnachfrage stimuliert wurde. Die Ausgaben der privaten Haushalte sind seit dem Jahr 2000 real um fast 20% gewachsen. Das verleiht auch in der Rezession größere Stabilität. Das BIP geht 2009 real nur um 2% zurück, nachdem es seit dem Jahr 2000 im Durchschnitt immerhin um 2% pro Jahr gewachsen war.

Generell zeigt sich, dass der Einbruch der Realwirtschaft umso verhaltener ausfällt, je stärker die private Konsumnachfrage ist. Diese Ausgaben der KonsumentInnen werden vor allem von den Masseneinkommen, aber auch vom Sparanteil am verfügbaren Einkommen bestimmt. Eine Verringerung der Löhne, aber auch der staatlichen Sozialleistungen führt direkt zu einer Dämpfung des Konsums. Je besser es in der Krise gelingt, Menschen in Beschäftigung zu halten (Kurzarbeit) und je erfolgreicher der Sozialstaat Einkommensverluste durch Sozialleistungen abfedert, desto stabiler ist die Konsumnachfrage. Eine besondere Gefahr bildet in einer fragilen Konjunktursituation der Anstieg der Sparquote, der in vielen Ländern zu beobachten ist. Dafür sind zwei Gründe maßgeblich. Zum einen die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren (Angstsparen), zum anderen die Ungleichheit in der Einkommensverteilung. Haushalte mit niedrigem Einkommen haben eine merklich geringere Sparneigung, jene mit hohem Einkommen eine höhere. Die zunehmende Ungleichheit führt zu einem Anstieg der Spar- und analog zu einem Rückgang der Konsumquote.

Die Rolle der Ungleichgewichte

In der Diskussion über die Ursachen der Finanzkrise wurde zu Recht auch auf die enormen Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft hingewiesen. Einige Länder wie die USA verbrauchen viel mehr, als sie produzieren, und weisen hohe Defizite in der Leistungsbilanz auf. Andere Länder wie China konzentrieren sich hingegen auf den Export und vernachlässigen die Binnennachfrage, was zu Überschüssen in der Leistungsbilanz führt. Das hat zu einer enormen Ausweitung der internationalen Kapitalflüsse geführt. Auf dieses Problem sind jüngst auch die G-20-Länder aufmerksam geworden. Zu wenig beachtet wird allerdings, dass das gleiche Phänomen auch innerhalb der Europäischen Union zu beobachten ist. Während Spanien, Großbritannien, Frankreich oder die ostmitteleuropäischen Länder hohe Defizite aufwei-

sen, befindet sich die Leistungsbilanz in Deutschland, den Niederlanden und Österreich im Überschuss. In den kommenden Jahren werden die Defizitländer ihre Binnennachfrage beschränken müssen, um das makroökonomische Gleichgewicht wiederherzustellen und die Abhängigkeit von ausländischen Kapitalflüssen zu verringern. Sie werden also tatsächlich den Gürtel etwas enger schnallen müssen. Dies wirkt bremsend auf die Entwicklung der Weltwirtschaft. Makroökonomisch kann die Dämpfung des Wachstums der Binnennachfrage in den Defizitländern nur dann ohne Wohlstandsverluste gelingen, wenn die Überschussländer ihre Binnennachfrage ausweiten, das heißt die Konsumausgaben und die Investitionen fördern.

In Österreich hat der Überschuss in der Leistungsbilanz im Jahr 2008 fast 10 Milliarden Euro erreicht. Infolge des Exporteinbruchs dürfte er sich 2009 halbieren. Er bleibt mit 2% des BIP dennoch beachtlich und hat ganz wesentlich mit dem Rückgang der Lohnkosten je erzeugter Einheit zu tun. Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten sind seit dem Jahr 2000 real um 10% gesunken. In der exportorientierten Industrie ist ihr Rückgang aufgrund des höheren Produktivitätswachstums noch stärker ausgefallen (-20%). Dies hat zu einem starken Anstieg des Exports geführt.

Ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen realen Lohnstückkosten bedeutet auch einen Rückgang des Lohnanteils am Volkseinkommen. In Österreich hat sich die Lohnquote in den letzten Jahrzehnten stetig verringert, besonders stark seit dem Jahr 2000 (siehe auch Abb. 1, Mythos »Die Einkommensverteilung war nicht das Problem«, S. 33). Der bereinigte Lohnanteil betrug im Jahr 2000 noch 61% des gesamten Volkseinkommens, 2008 nur noch 56%. Dieser Rückgang der Lohnquote hat die Konsumnachfrage der privaten Haushalte gedämpft und damit die Ausweitung des BIP gebremst. Die hohen Exportgewinne, die in immer geringerem Ausmaß an Investitionen und Löhne weitergegeben wurden, haben zu einer Ausweitung des Anlage suchenden Finanzvermögens und damit zum Entstehen der Finanzkrise beigetragen. Nun fehlt in der Krise die stabilisierende Kraft der Konsumausgaben. Die in vielen EU-Ländern praktizierte Lohnzurückhaltung trägt zur Schwäche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wesentlich bei und bringt die Gefahr deflatorischer Tendenzen mit sich.

Die Wirtschaftspolitik hat in den letzten Jahren in Deutschland und Österreich die Rolle der Löhne als Kostenfaktor zu hoch gewichtet, jene der Löhne als Einkommen zu stark vernachlässigt. Allerdings wäre aufgrund des hohen Offenheitsgrades der Volkswirtschaft eine wirtschaftspolitische Strategie der überzogenen Lohnpolitik nicht zu

empfehlen – sie ist wegen der ungleichen Kräfteverhältnisse der VerhandlungspartnerInnen bei hoher Arbeitslosigkeit ohnehin wenig wahrscheinlich. Wünschenswert wäre allerdings eine Rückkehr zur produktivitätsorientierten Lohnpolitik, in der das mittelfristige Produktivitätswachstum den Spielraum für die Ausweitung der Reallöhne vorgibt. Sie würde den Kostencharakter der Löhne und ihren Einkommenscharakter gleich gewichten. Zudem sollte auf die unterschiedliche Konsumneigung der Haushalte in stärkerem Ausmaß Rücksicht genommen werden. Eine Ausweitung der verfügbaren Einkommen der unteren Einkommensgruppen hat besonders expansive Effekte auf die Konsumnachfrage und belebt die Wirtschaftsentwicklung deshalb deutlich stärker als höhere Einkommen für ohnehin ökonomisch gut gestellte Haushalte.

Resümee

In der Wirtschaftskrise werden die Verteilungsauseinandersetzungen intensiver. Von konservativer Seite wird die Devise ausgegeben, dass nun alle den Gürtel enger schnallen müssen. Das zielt vor allem auf Lohnzurückhaltung und Kürzungen im Sozialbereich ab. Doch eine Zurückhaltung der KonsumentInnen bei den Ausgaben und eine verstärkte Spartätigkeit würden nicht aus der Krise hinaus, sondern nur tiefer in sie hinein führen, weil sie weitere Nachfrageausfälle bewirkten. Mittelfristig müssen vor allem jene Länder, die – wie Deutschland und Österreich – Überschüsse in der Leistungsbilanz aufweisen, ihre Binnennachfrage erhöhen.

Literatur

- Ederer, Stefan (2009): Einkommensverteilung und gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Österreich und den Niederlanden, Marburg
- Horn, Gustav/Dröge, Katharina/Sturn, Simon/Treock, Till van/Zwiener, Rudolf (2009): Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III): Die Rolle der Ungleichheit, IMK Report Nr. 41, September
- Marterbauer, Markus/Walterskirchen, Ewald (2003): Bestimmungsgründe der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten, WIFO-Monatsberichte 2, S. 151-159